

„Alle miteinander - für die zentralen Interessenlagen unserer Bürgerschaft“

26. Mai 2021



Dieter Höhnen ist in den letzten Jahren zu einem gefragten Ansprechpartner für die Presse und Politik geworden. Der 72-jährige Vorsitzende des Bürgervereins Heimersdorf/Seeberg-Süd e.V. ruht sich nicht als Rentner aus, sondern widmet sich wieder mit voller Leidenschaft der lokalen Politik. Für die Alteingesessenen ist er kein Unbekannter. Den Bau der „Neuen Stadt“ hat er mit eigenen Augen miterlebt. 1969 ist er der FDP beigetreten und hat die lokale Organisation der Liberalen im Kölner Norden gegründet, deren Sprecher er fast 20 Jahre lang war. Mehrmals war er auch Bezirksvertreter in Chorweiler. Dieter Höhnen ist Vater von drei Kindern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren.



Aus dem Archiv von Dieter Höhnen.

Lange wohnte er in einem Hochhaus in Chorweiler, bis 1985 die junge Familie Höhnen ein Haus in der beschaulichen Bungalowsiedlung in Heimersdorf gekauft hat, in dem er bis heute wohnt: „Das war eine der besten und glorreichsten familiären Entscheidungen, die wir getroffen haben“.

Beruflich war Höhnen 40 Jahre im Schuldienst tätig. In den 90-ern hat er den Bereich Medienpädagogik in Köln mitaufgebaut.

Familiäre und berufliche Gründe zwangen Höhnen sich 1990 aus der lokalen Politik zurückzuziehen. Bis er 30 Jahre später, in 2019, zu einer Sitzung der Bezirksvertretung als Gast gegangen ist und feststellte: „Da hat sich nicht viel verändert. Es sind immer noch die gleichen Themen, wie damals.“

Und so kam es zur Gründung des Bürgervereins Heimersdorf/Seeberg-Süd e.V. Seine Kenntnisse des Verwaltungswesens helfen ihm dabei, schnell mit den Erlassen und Verordnungen der Kommune zurecht zu kommen und eine für die Stadtbediensteten verständliche Amtssprache zu benutzen.

Herr Höhnen, im Jahre 2019 haben sich Bürgervereine, vermutlich zum ersten Mal, zusammengeschlossen, um eine Agenda für den gesamten Bezirk auszuarbeiten. Was war der Grund?

Ja, es ging damals akut um die drohende Schließung der [Notfallpraxis in](#)

[Chorweiler](#), das war aber nicht das einzige Thema. Die Bürgervereine haben sich historisch als Dorfgemeinschaften entwickelt und kümmerten sich um das Wohlbefinden im oder für ihren Ort. Das war die zentrale Aufgabe vom bürgerschaftlichen Engagement. Als wir uns vor heute gut 2 1/2 Jahren zusammengesetzt hatten, gab es große Klagen darüber, dass Viele das Gefühl hatten, dass die Verwaltung und die Politik im Bezirk und darüber hinaus, sich den Vereinen und Bürgerinteressen nicht zuwenden. Ich hatte damals daher besonders betont, dass wir uns zusammenschließen müssen und nur so wirksam gemeinsame Interessen durchsetzen zu können. Deshalb habe ich angeregt, dass die Bürgervereine sich regelmäßig treffen und Koordinierungsgespräche miteinander führen. Damit nicht die großen Vereine das Sagen haben, hatte ich zusätzlich vorgeschlagen, dass wir diese Treffen rotieren lassen. Grund war: jeder Verein, - zu dieser Zeit 12 Bürgervereine -, sollte das jeweils nächste Treffen einmal übernommen haben, die Tagesordnung festlegen und für das, was dabei rauskommt, auch verantwortlicher Sprecher Aller sein - oder es sollten in Abstimmung mit allen beteiligten Vereinen Sprecherrollen zu jeweilig einvernehmlich bestimmten [Themenbereichen festgelegt werden](#).

Beim ersten Treff hat man sich ausdrücklich keine Anwesenheit der Medien und Politiker gewünscht. Warum?

Wir hatten es so verabredet, weil wir uns erst untereinander abstimmen wollten und weil es kein Forum sein soll, in dem sich die lokale Politik einmischt oder die Presse lauscht und dann das ihre rauszieht. Erst, wenn oder falls wir uns einig sind, gehen die Informationen nach draußen.

Sie wollten also der Öffentlichkeit fertige Beschlüsse präsentieren?

Abgestimmte Beschlüsse, stimmt. Wir können viel wünschen, viel kritisieren, aber wenn wir wirksam werden wollen, müssen wir als Einheit konkrete Ergebnisse und Forderungen auf den Tisch legen.

Bedeutet es nicht gewissermaßen Intransparenz?

Nein, sofern wir uns ausgetauscht haben und zu einem Ergebnis gekommen sind, dann vertritt Einer oder ein Team für alle Anderen gegenüber der Öffentlichkeit, der Presse und der Politik diese festgelegten Interessen der Bürgervereine des Kölner Nordens.

Ist der Zusammenschluss der Bürgervereine ein Indiz für die Unzufriedenheit mit der Politik?

Das ist es auch. Solange ich bei den Treffen dabei war, gab es teilweise massive Kritik: Etliche haben sich darüber beschwert, dass ihre Wünsche von der Politik nicht gehört, nicht beachtet, nicht bearbeitet wurden. Jedenfalls nicht zu ihrer Zufriedenheit. Diese Kritik schließt auch die Bezirksvertretung Chorweiler (BV) mit ein.

Der Bezirk Chorweiler ist sehr bunt - kulturell, sozial, ethnisch. Macht es die Zusammenarbeit der Bürgervereine einfacher oder komplizierter?

Chorweiler erfährt verschiedene zentrale Benachteiligungen mit Auswirkung auf die Politik. Wenn ich den Porzern den Flughafen wegdenke, ist nicht



Aus dem Archiv von Dieter Höhnen.

Porz, sondern Chorweiler der größte Stadtbezirk. Flächenmäßig. Er ist aber mit ca. 83 Tausend Einwohnerinnen und Einwohnern auch der kleinste in Köln. Dabei, wegen der weitgehend dörflichen Struktur dieses Feuerrings um das Chorweiler Zentrum herum, haben die meisten Orte eine Identität, die man in anderen Stadtbezirken so weniger findet. Deswegen auch die ganz spezielle Veedels-Eigenart. Ferner gab es oft Entscheidungen im oder für das Chorweiler-Zentrum, die in den umliegenden Dörfern nicht unbedingt auf Einverständnis stießen. Hinzu kommt, historisch bedingt, dass, als die „Neue Stadt“ gebaut wurde, es zwei entscheidende Kriterien gab, wodurch die Menschen dort den Wohnraum

oder auch Wohneigentum bekommen haben: Kinderreich und kirchlich orientiert. Dazu gehörten damals Heimersdorf, Seeberg-Süd, und auch Lindweiler. Das war quasi das Gegenstück für die alteingesessenen Dörfer wie Merkenich zum Beispiel. Pesch, Esch und Auweiler kamen ja „erst“ später (1975) nach der Gebietsreform hinzu.

Die Menge der Mandatsträgerinnen und -träger aus dem Bezirk Chorweiler für den Stadtrat, bedingt durch die geringe Bevölkerungszahl, war und ist eher gering. Sie hatten daher in Köln lange Zeit weniger zu sagen, konnten aber dennoch punktuell Vieles durchsetzen, weil man die Bevölkerung im Kölner Norden recht gut mobilisieren konnte. Diese Tradition ist etwas verloren gegangen. Heute arbeiten wir daran, diese Mobilisierung wieder aufleben zu lassen.

Die ehemals kinderreiche Familie, das sind heute alte Menschen: die Gründergeneration der damaligen „Neuen Stadt“ ist um die 90 Jahre alt, selbst die Kinder von damals sind heute im Rentenalter.

Dann sind wir auch gleich beim Thema Alterung und Mitgliederschwund in den Bürgervereinen.

Ich nehme als Beispiel eine Veranstaltung eines Bürgervereins, den ich ganz toll finde. Da war es proppenvoll, vielleicht 200 bis 250 Personen - davon können wir in Heimersdorf vorläufig ja nur träumen. Und es waren nur knapp 20 junge Menschen dabei. Umgedreht aber, sieht man z.B. in Roggendorf/Thenhoven, wie jetzt auch in Fühligen, dass junge Leute durchaus in der Lage sind in den Bürgervereinen die Führungsrolle zu übernehmen. Im Übrigen, ich rede mit allen Parteien, außer der AfD und freue mich, dass in der letzten Zeit viele junge Menschen in die lokale Politik gegangen sind.

Wie sehen Sie die Rolle der Bezirksvertretung in der Konstellation „Bürgerverein-Bezirksvertretung-Stadt Köln“?

Ich sage immer: Bürgervereine sind nicht die offizielle Vertretung der gesamten Bürgerschaft, sie sind aber die Kümmerer vor Ort und zugleich artikulieren sie die Interessen ihrer Ortslagen. Die gewählten Vertreter sitzen in den gewählten Parlamenten. Und das ist im Bezirk Chorweiler die Bezirksvertretung 6. Sie ist nicht nach Orten unterteilt. Manchmal höre ich, man sei ein(e) Bezirksvertreter/in von Heimersdorf oder Lindweiler oder Blumenberg, nur als Beispiel. Man kann

Interessen vor Ort artikulieren, aber als Bezirksvertreterin bzw. Vertreter ist man immer für den gesamten Bezirk zuständig. Alle Parteien in dem Gremium sind mir gleichwertig - außer der AfD. Und wenn die Beschlüsse der Bezirksvertretung nicht zu dem gewünschten Ergebnis in den Ausschüssen des Stadtrates geführt haben, ist es wichtig zu wissen, wer wie in den Ausschüssen agiert hat.

Es ist daher wichtig, dass bei vielen Anliegen, wie Infrastruktur, Soziales usw. die Bezirksvertretung von den Bürgervereinen einbezogen und nicht als Ansprechpartner links liegen gelassen wird. Denn deren Beschlüsse sind entweder Auftrag für die Verwaltung oder Beratungsvorlage für die Ratsausschüsse.

Wir können viel wünschen, viel kritisieren, aber wenn wir wirksam werden wollen, müssen wir als Einheit konkrete Ergebnisse und Forderungen auf den Tisch legen.

Die Zusammenarbeit der Bürgervereine mit der Bezirksvertretung wächst inzwischen ein ordentliches Stück zusammen. 2019 war das noch nicht so, der Zusammenschluss der Bürgervereine hat ein starkes Signal in die Politik und die Verwaltung gesendet. Damals hat die Bezirksvertretung zum ersten Mal seit vielen Jahren ein gemeinsames Zeichen für den Erhalt der Notfallpraxis gesetzt - leider ohne den angestrebten Erfolg. Auf der anderen Seite hatte sich die BV6 z.B. über ein Jahr Zeit gelassen, um sich mit der Pandemie zu befassen. Aber die Bemühung gemeinsame Ziele in den für den gesamten Bezirk relevanten Fragen zu erreichen, ist in den Fraktionen der CDU, der SPD, der Grünen und der Linken sowie der FDP intensiver geworden. Das stärkt wiederum die Position des Bezirkes im Stadtrat. Dafür haben wir immer geworben und unsere Einflussmöglichkeiten genutzt.

Können Sie ein Beispiel eines solchen Themas geben?

Das war z.B. der Antrag für ein gemeinsames Impfzentrum für den Stadtbezirk. Auch beim Thema Klärschlammverbrennungsanlage in Merkenich zeichnete sich eine gemeinsame Haltung ab.

Aber gerade bei dem Thema hat sich doch die BV in zwei ungewöhnliche Lager gespalten?

Grundsätzlich ist es noch keine beschlossene Sache und es ist noch Zeit für

Beratungen. Sie werden noch dran arbeiten müssen. Das Bemerkenswerte daran: Wann haben wir schon mal ein gemeinsames Votum von CDU und Die Linke erlebt? Die Dinge wandeln sich. Die Fronten zwischen den Parteien sind nicht mehr so hart. Und das nicht nur auf der lokalen Ebene. Wir finden das ganz gut so. Noch besser wäre es: alle miteinander - für die zentralen Interessenlagen unserer Bürgerschaft. Es bliebe ja noch genug Raum fürs Individualprofil und Unterschiedliches.

Welche Themen erachten Sie als wichtig für die Bürgervereine im Bezirk Chorweiler in der nahen Zukunft?

Die Klärschlammverbrennungsanlage zum Beispiel. Die Kommunikation mit den Bürgern in dieser Sache, die durchaus professionell gestaltet wird, ist für mich nichts anderes, als Darlegung von bereits beschlossenen Dingen. Wenn schon Bürgerbeteiligung erforderlich ist, dann muss dem Bürger nicht nur die Möglichkeit gegeben zuzuhören und abzunicken mit „Ja“ oder „Nein“, sondern beteiligt zu sein im gesamten Prozess. Da das nicht ausreichend geschieht, ist das „virtuell zoomende Besprechen“ mit Vereinsvertretungen noch keine Bürgerbeteiligung und wird allein schon daher von uns abgelehnt. Und weil die Anlage von überregionaler Bedeutung ist, ist für mich nicht nachvollziehbar, warum bereits im Mai dieses Jahres Setzungen getätigt wurden, die nachher nicht mehr zurückgenommen werden können. Die Politik darf sich nicht vom Bürger so weit entfernen, dass sie nur noch Staffage werden.

Anderes Thema: Seit 2019 rede ich über die Folgen der Elektro-Mobilität. Das hat erhebliche Auswirkungen auch vor Ort. Wir haben konkrete Vorschläge für 10 Ladesäulen allein in Heimersdorf und Seeberg-Süd gemacht. Der Stand der Stadt Köln ist aber noch aus dem Jahr 2018, als beschlossen wurde 200 E-Lade-Säulen in ganz Köln zu installieren. Nach meiner Meinung muss die Stadt auf die Meinung der Bürgervereine hören, die immer die besseren Ortskenntnisse haben.

Wenn schon Bürgerbeteiligung erforderlich ist, dann muss dem Bürger nicht nur die Möglichkeit gegeben zuzuhören und abzunicken mit „Ja“ oder „Nein“, sondern beteiligt zu sein im gesamten Prozess.

Oder die Radwegeplanung. Wir brauchen Fahrstraßen für Fahrräder und andere umweltschonende Verkehrsmittel. Wir brauchen auch Parkräume für Pendler, die außerhalb von Köln kommen und dann versuchen ihre Autos in der Innenstadt unterzubringen. Im Kölner Norden könnten sie bequem und umweltfreundlich in

den ÖPNV umsteigen und somit die Innenstadt entlasten. Aber dazu benötigen wir Parkräume an den wesentlichen Haltepunkten – das gehört zur Ehrlichkeit es zu benennen dazu.

Auch die Verlängerung der Bahn von Merkenich nach Worringen, eigentlich eine uralte Idee noch aus den Flächennutzungsplan218-Beratungen der frühen 1980er-Jahre, muss weiter verfolgt werden.

Der bezahlbare Wohnraum ist ein weiteres großes Anliegen. Dafür muss Baufläche zur Verfügung gestellt werden. Es muss eine Antwort gegeben werden auf die Frage „Wo?“. In manchen Orten gibt es ja auch Interessengruppen, die verhindern wollen, dass neue Leute hinzuziehen. Man muss also einen Plan aufstellen, wo im Bezirk künftig noch gebaut werden kann und dann dies in den demokratischen Gremien festlegen – Kreuzfeld allein reicht da nicht. Heute reden wir ja wieder mal über Inflation. Inflationäre Miet- und Eigentums- Inflation zugunsten Weniger ist echt nicht unser Ziel. Egal wo.

26.05.2021, Alexander Litzenberger